

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 68 (1989)
Heft: 2

Artikel: Die Wirtschaft als Auslöser für Glasnost und Perestroika : auf dem Weg zu einem marktwirtschaftlichen Sozialismus
Autor: Vollmer, Peter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-340709>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 30.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Auf dem Weg zu einem marktwirtschaftlichen Sozialismus

Von Peter Vollmer

Wer sich nach einigen Jahren wieder in die Sowjetunion begibt, wird die Entwicklung fast zwangsläufig an den Eindrücken und Einblicken zur Versorgungslage messen. Auch wenn die Situation in Moskau angesichts der besonderen Situation mit den Millionen von Besuchern und Einkaufstouristen aus dem ganzen Gebiet der Sowjetunion, aber auch mit den unzähligen Warenangeboten, die von weit her zum privaten Verkauf in die Hauptstadt geschleppt werden, nicht mit der riesigen «Provinz» vergleichbar ist, lassen sich bezüglich der Entwicklungen doch allgemeine Rückschlüsse ziehen. Bemerkenswert für die Gewinnung eines einigermaßen verlässlichen Eindruckes ist der Umstand, dass man dabei nicht mehr nur – neben den optischen Eindrücken in Verkaufsgeschäften – auf die Berichte von zufälligen Bekannten sich abstützen braucht. Heute lässt sich die kritische Situation auch in den Leserbriefspalten sogar parteioffizieller Zeitungen ablesen, ganz abgesehen von den – früher verschlossenen – Chauffeuren, Dolmetschern und Begleitern, die offen und ungeschminkt ihre eigene Situation darlegen. Was in den ökonomischen Analysen westlicher Beobachter immer wieder vermerkt wurde, bestätigt sich noch und noch: Die wirtschaftliche Situation insgesamt und die Versorgungslage der Bevölkerung hat sich in den letzten Jahren sogar verschlechtert. Neben Engpässen bei verschiedenen Konsumgütern bleibt die Wohnungsfrage – allen behördlichen An-

strengungen zum Trotz – im explosiv wachsenden Moskauer Raum das Hauptproblem.

Wie es dazu kam

Die Phase der Stagnation, wie die Ära vor Gorbatschow heute für alle gesellschaftlichen Bereiche umschrieben wird, war gekennzeichnet durch eine enorme ökonomische Ressourcenverschwendung, eines zunehmenden Ungleichgewichtes des Staatshaushaltes mit zunehmenden – wenn auch politisch verdeckten – Inflationsprozessen. Leistungsbereitschaft, individuelle Initiativen und eine einigermaßen ökonomisch vernünftige Wirtschaftslenkung sind vollständig ausser Kurs geraten. Der gesellschaftspolitisch-moralische Widerspruch eines etatistisch-bürokratischen «Zwangskommunismus» zum ideellen Anspruch der marxistisch-leninistischen Gesellschaftstheorie war derart eklatant, dass seine Auswirkungen auch in der realwirtschaftlichen Sphäre nicht ausbleiben konnten. Schlendrian, Interessenlosigkeit, Günstlingswirtschaft und vieles mehr verhinderten den wirtschaftlich so dringend benötigten kreativen Impetus!

Dazu waren die «äusseren» Ursachen ökonomischer Schwierigkeiten zu bewältigen: Insbesondere der Zusammenbruch der Ölpreise führte zu einem radikalen Verlust aussenwirtschaftlicher Erträge, die ohne Abfederung innerhalb des RGW (Wirtschaftsgemeinschaft der osteuropäischen sozialistischen Länder) noch drastischer ausgefallen wären.

Die in der Ära Reagan in den USA forcierte supertechnologische Hochrüstung setzte die Sowjetunion zudem unter einen enormen – mit ihrer Wirtschaftsstruktur nicht verträglichen – militärischen Rüstungsproduktionsdruck, der sich direkt negativ auf die zivile Versorgung und Entwicklung auswirken musste. Die amerikanischen SDI-Pläne («Krieg der Sterne») mussten in der Sowjetunion darum auch aus ökonomischen Gründen um jeden Preis verhindert werden. Die neue Friedenspolitik von Gorbatschow gehört darum mit den gesamten Bemühungen um Glasnost (Offenheit) und Perestroika (Umgestaltung) in eine gesamtgesellschaftliche Betrachtungsweise.

Kritische Selbsteinschätzung

Während Jahren wurde die effektive wirtschaftliche Situation politisch verblendet, was in vielen Bereichen verhindert hat, dass notwendige Korrekturen und Anpassungen vorgenommen werden konnten. So stiegen die Ausgaben des Staatshaushaltes in derart rasantem Tempo, dass die Last der zunehmenden Defizite die Währungsstabilität und die Geldzirkulation stark beeinträchtigten und auch bedeutende Inflationsprozesse hervorriefen. Allzu lange hat man sich ausschliesslich auf die Bruttoproduktionszahlen fixiert, ohne zu hinterfragen, zu welchem Preis das alles geschah. Die Verschwendung der Rohstoffe, der übermässige Energieverbrauch, die Unfähigkeit, die Konsumbedürfnisse der Menschen nur einiger-

massen befriedigend abzudecken, das alles musste einmal klar und unmissverständlich wahrgenommen werden. Es konnte darum nicht verwundern, dass, wenn man sich einmal daran machte, die ökonomische Wirklichkeit wahrzunehmen, daraus eine Lawine der Abrechnung mit der Vergangenheit wurde.

Die kritischen Reden und Analysen von Parteichef Gorbatschow wurden zur Abrechnung nicht nur mit der Vergangenheit, sondern ebenso mit denjenigen Kräften, die sich noch heute zur Erhaltung persönlicher Privilegien gegen eine Umgestaltung wehren. Der entscheidende Punkt sowohl bei der Formulierung der Kritik wie beim Aufzeigen neuer Perspektiven liegt darin, wieweit es damit gelingt, auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens gleichzeitig Vertrauen und Mut für eine neue «Arbeitsmoral» zu schaffen. Allein mit schonungslosen Abrechnungen mit der Vergangenheit lassen sich noch keine ökonomischen Reformkräfte mobilisieren. Das hat die Ära Chruschtschow wie diejenige von Breschnew deutlich genug gezeigt. Der Mobilisierung breiter Kreise und deren direkte Einbindung in wirtschaftspolitische Verantwortlichkeit braucht auch entsprechende Gefässe und Strukturen. Was lag da näher, als sich an die Tradition der Genossenschaften zu erinnern! Dass dabei der Preisbildungsfrage sowohl im Produktions- wie im Konsumtionsbereich eine neue Aufgabe gestellt ist, liegt nahe. Wieweit diese Anforderungen kurzfristig sich mit den sozialpolitischen Prinzipien ohne weiteres vertragen, kommt als Sorge vieler Verantwortlicher in allen Gesprächen zum Ausdruck.

Der anvisierten radikalen Wirtschaftsreform wurden folgende Vorgaben gesetzt:

● Die Wirksamkeit der zentralen Leitung der Wirtschaft ist zu erhöhen und gleichzeitig soll die vergangene Praxis überwunden

werden, bei der sich das Zentrum in die operative Tätigkeit der untergeordneten Wirtschaftseinheiten einmischte.

● Die Grenzen der Selbständigkeit der Betriebe und Vereinigungen sind zu erweitern und ihre Verantwortung bis zu den Endresultaten zu verankern.

● Auf allen Ebenen der Volkswirtschaft ist zu sogenannten ökonomischen Leitungsmethoden überzugehen, d.h. das System der Preisbildung soll schon bei der Finanzierung und Kreditgewährung wirksame kostensparende Anreize schaffen.

● Die Lenkung und Leitung sowohl in den Tendenzen der Konzentration, der Spezialisierung wie der Kooperation unterschiedlicher wissenschaftlich-technischer Produktionsformen muss den unterschiedlichen territorialen, wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen der verschiedenen Republiken und Regionen angemessen sein.

● Alle Leistungstätigkeiten sind im Hinblick auf eine bedeutendere Rolle der Arbeitskollektive, der Rechenschaftspflichtigkeit und der Publizität gegenüber der allgemeinen Öffentlichkeit zu demokratisieren.

Es ist naheliegend, dass bei derartigen Vorgaben nicht unbedeutende Konflikt- und Reibungspunkte eingebaut sind. Als übergreifende Zielsetzung wird darum die «wirkliche Deckung des Bedarfes des Volkes» deklariert. Eine Definition, die sich im eigenen Verständnis deutlich vom reinen Produktionswachstum abgrenzen soll, doch im realen Inhalt ebenso vieldeutig und wiederum konfliktträchtig interpretiert werden kann. Immerhin soll damit deutlich zum Ausdruck kommen, dass das vergangene System der ausschliesslichen Betrachtung der Bruttonproduktion, ohne Rücksicht auf die damit verbundenen Aufwände und auf die effektiven Nachfragebedürfnisse, der Vergangenheit angehören soll.

Zauberwort:

«Individuelle Erwerbstätigkeit»

Keine andere Neueinführung im Rahmen der wirtschaftlichen Umgestaltung hat wohl eine solche Vielzahl von widersprüchlichen Meinungen hervorgerufen wie das seit dem Frühjahr 1987 geltende Gesetz über die individuelle Erwerbstätigkeit. Von einigen Kritikern als Rückkehr in die «Neue Ökonomische Politik» der zwanziger Jahre charakterisiert, erkennen andere darin eine Abkehr von den sozialistischen Grundprinzipien überhaupt.

Die Gespräche mit Gewerkschaftsfunktionären offenbarten denn auch eine zunehmende Verunsicherung, nachdem sich die «individuelle Erwerbstätigkeit» mehr und mehr in der Praxis breitmacht. Ausgangspunkt der «individuellen Erwerbstätigkeit» ist die immer noch ungenügende staatliche Versorgung mit Dienstleistungen und verschiedenen nichtindustriellen Produkten. Mit der «individuellen Erwerbstätigkeit» soll eine Art «Unternehmergeist» freien Lauf erhalten. Konkret bedeutet dies, dass insbesondere Dienstleistungen (wie Taxifahrten, Reparaturleistungen usw.) von Privaten auf ihre eigene Rechnung durchgeführt werden können. Sogar die Bildung eigener Genossenschaften für die Produktion von Gewerbeerzeugnissen ist gesetzlich zugelassen. Grundsätzlich geht man davon aus, dass all diese Leistungen von Personen, die nicht oder nicht mehr im direkten Erwerbsleben stehen (Studenten, Rentner, Hausfrauen usw.), ausgeführt werden. Man ermöglicht die «individuelle Erwerbstätigkeit» jedoch auch als Nebenerwerb oder im Hauptberuf, sofern die entsprechenden Arbeitskräfte nicht in der «Hauptwirtschaft» benötigt werden. Für diese Tätigkeiten kann man sogar mit staatlichen Förderungen rechnen, bezahlt dafür jedoch auch besonders vorgesehene Steuerabgaben.

Mit Ausnahme gesetzlich ausdrücklich untersagter Bereiche (Herstellung von chemischen Erzeugnissen, Waffenproduktion, Spielkasinobetriebe und anderes mehr) gibt es keine Einschränkungen.

Private Postangestellte? Bitte schön!

Sogar im Bereich der Postbetriebe gibt es in Moskau bereits eine private Genossenschaft. Ausgerüstet mit staatlicher Infrastruktur wie Arbeitsräumen und Personenwagen werden von der privaten Genossenschaft Postsendungen bei den Kunden abgeholt und Pakete und andere sonst nicht ins Haus gelieferte Postsendungen zugestellt. Es ist naheliegend, dass sich verschiedene staatliche Unternehmungen von Privaten konkurrenziert sehen und sich gegen eine weitere Ausdehnung der «individuellen Erwerbstätigkeit» zur Wehr setzen. Bereits gibt es auch – für die sowjetische Wirtschaft ein Novum! – die ersten Konkurse privater Genossenschaften. Aufgenommene Kredite konnten nicht mehr aus dem Arbeitsertrag verzinst werden. In der grossen Mehrzahl entwickeln sich die neuen Branchen jedoch äusserst gewinnträchtig! Für die Versorgung der Bevölkerung mit Dienstleistungen und einzelnen Mangelprodukten ist der damit verbundene Auftrieb «privater» Betriebe zweifellos von Vorteil. Noch hindern jedoch viele bürokratische Hindernisse bei der Beschaffung von Betriebsmitteln und Rohstoffen die allzu grosse Ausweitung des neuen Wirtschaftssektors. Für die Wirtschaftsverantwortlichen kommt der «individuellen Erwerbstätigkeit» aber nicht nur unter dem Aspekt der besseren Versorgungslage grosse Bedeutung zu, man sieht darin auch einen – durch die Konkurrenz geschaffenen – Druck auf die staatlichen Betriebe, ihre Arbeitsqualität und

eine nachfrageorientierte Produktivität zu erhöhen.

Neues soziales Gefälle?

Es liegt auf der Hand, dass diese Ausweitung der wirtschaftlichen Erwerbstätigkeit zu einer Veränderung der Verfügungs- und Einkommensverhältnisse führen werden. Der ausserhalb der Betriebe gewährleistete soziale Schutz ist zwar in der Sowjetunion weit ausgebaut, doch die im Einzelfall erbrachten effektiven Leistungen beispielsweise in der Altersvorsorge sind noch weit von der vorgetzten sozialpolitischen Zielsetzung entfernt. Es ist darum nicht ausgeschlossen, dass die mit den neuen Wirtschaftsmechanismen angestrebte Wohlstandsvermehrung sich sowohl regional wie sozial sehr ungleich verteilen wird. Das Gefälle zwischen den grossstädtischen Zentren und der riesigen Provinz könnte mit all seinen negativen Folgen (z.B. einem zunehmenden Druck auf die wohnungs- und infrastrukturmässig unvorbereiteten Städte mit sogenannten «Verslumungsfolgen»!) zu sozialen und politischen Schwierigkeiten führen.

Veränderte Aufgaben der Gewerkschaften!

Die Gewerkschaftstätigkeit muss sich in gleichem Ausmass verändern wie die ökonomische Umgestaltung voranschreitet. Es wird denn auch von kritischen Gewerkschaftsfunktionären deutlich ausgesprochen, dass eine wirkliche Interessenvertretung der Arbeiter nur dann möglich sein wird, wenn sich das Selbstverständnis der Gewerkschaften radikal ändert. Neben ihren bisherigen zweifellos wichtigen Aufgaben im Bereich der Dienstleistungen (wobei der Vergabe von Wohnungen und Ferienplätzen eine wichtige Bedeutung zukam, womit die Organisation damit auch zu einer Art Machtinstitu-

tion wurde) und bei der Arbeitsgesetzgebung müssen sich die Gewerkschaften jetzt um ein «eigenes Gesicht» bemühen. Der durch «Perestroika» angestrebte ökonomische Schub und Produktivitätszuwachs birgt nicht wenige neue soziale Aufgabenstellungen zum Schutz der davon sehr unterschiedlich betroffenen Arbeiter. Allein im letzten Jahr wurden von der sowjetischen Gewerkschaftszentrale achtundzwanzig Streiks im Zusammenhang mit Arbeitsbedingungen registriert. Arbeitsausstände zur Durchsetzung politischer Anliegen, insbesondere in den nichtrussischen Sowjetrepubliken und autonomen Gebieten, gehören zu weiteren neuen Merkmalen der gesellschaftlichen Umgestaltung. Die Verlockungen erhöhter Produktivität auf Kosten teilweise noch geschützter Nacht- und Sonntagsarbeit entfachen auch innerhalb der sowjetischen Gewerkschaften grundsätzliche Diskussionen. Die personelle Erneuerung in der Gewerkschaftszentrale vollzieht sich darum fast ebenso rasch wie es gegenwärtig in der Partei sichtbar ist. Es wäre absolut falsch zu behaupten, die Gewerkschaften verkörpern quasi den Kern des Widerstandes gegenüber «Glasnost» und «Perestroika». Aufgrund der mächtigen Stellung der Gewerkschaften in vielen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens und ihrer stark ausgebauten Apparate mit einem Heer von vollamtlichen Funktionären kommt durch die Gewerkschaften jedoch der in der gesamten Umgestaltung sichtbare «Widerstand» der unteren und mittleren Funktionäre, die um ihren Einfluss und damit verbundene Privilegien bangen, überproportional zum Ausdruck! Die Herausforderungen nicht zuletzt durch die «individuelle Erwerbstätigkeit» oder auch durch neu in der Sowjetunion stark an Boden gewinnende «Joint-venture»-Geschäfte mit westlichen Konzernen stellen die Funktionäre vor Ort vor völlig neue Problemstellun-

gen, auf die sie überhaupt nicht vorbereitet waren.

Kein «Marktsozialismus»!

Nicht nur in den westlichen Wirtschaftsspalten wird eifrig über die Einschätzung des sowjetischen Umgestaltungsprozesses diskutiert. Die Bedeutung des Marktes, der Rolle der dezentralen Entscheidungen, ja selbst die Frage, wieweit durch einige Schritte des Umgestaltungsprozesses die «Prinzipien der sozialistischen Gesellschaftsordnung» missachtet würden, ist momentan Gegenstand einer eingehenden Debatte in den – in enormen Auflagen erscheinenden – ökonomischen Zeitschriften und Zeitungen. So klar sich auch die Beurteilung durchsetzt, dass es sich keineswegs um eine grundsätzliche Abkehr einer sozialistischen Wirtschaftsordnung handelt, wird immer wieder darauf verwiesen, dass sich die angestrebten Erneuerungen in der Wirtschaft zur Erhöhung des Leistungsniveaus und des allgemeinen wirtschaftlichen Wohlstandes nicht ohne Anpassungsprobleme vollziehen können. Die Durchdringung des

Wirtschaftsmechanismus mit Elementen des Marktes und des Wettbewerbes, die angestrebte Dezentralisierung der Entscheidungsträger wie eine grundlegende Demokratisierung der heute verbürokratisierten und zentralisierten Wirtschaftsplanung dürfen keineswegs als Entwicklung zur marktwirtschaftlich-kapitalistischen Wirtschaft verstanden werden. Die Liberalisierung des Preissystems, dem erstmals eine bedeutende Funktion in der Wirtschaftssteuerung zukommen soll, und auch eine behutsame Öffnung der Finanzmärkte führen jedoch gegenwärtig zu Entwicklungen, die man in der Sowjetunion selber noch nicht einzuschätzen vermag. Zumindest der gesellschaftspolitische Anspruch des Vorranges der Politik über die Wirtschaft scheint jedoch absolut unbestritten zu sein – im Gegenteil, die durch «Glasnost» ausgelöste «Demokratisierung» des politischen, sozialen und kulturellen Lebens schafft ein nicht zu unterschätzendes Gegengewicht zu den von Wirtschaftstechnokraten verfolgten Ablösungsbemühungen der Wirtschaftsentscheide vom politischen System. Zu-

mindest durch die teilweise Ablösung vom direkten Zugriff der (vor allem lokalen) Parteiorganisationen durch die Stärkung der staatlich-parlamentarischen Organe der «Sowjets» gewinnt das Wirtschaftsmanagement zurzeit einen nicht unbedeutenden Spielraum.

Eine vermehrte Kooperation beispielsweise mit der Europäischen Gemeinschaft könnte den für die Politik gesetzten Einwirkungsrahmen zusätzlich einschränken. Die Interessen eines für die Entwicklung der eigenen Wirtschaft nützlichen grösseren Aussenhandels mit westeuropäischen Ländern sind darum auch in der Sowjetunion nicht unbestritten. Im gegenwärtigen Entwicklungsprozess von einer ökonomischen «Konvergenz», einem neuen «Marktsozialismus» oder wie immer man einen «dritten» Weg charakterisieren will, zu sprechen ist meines Erachtens absolut verfehlt. Die Dynamik der sich vollziehenden Umgestaltung ist jedoch so gross, dass sich für die Zukunft durchaus auch andere Entwicklungen abzeichnen könnten.

Das umweltpolitische Bewusstsein ist erwacht

Energie und Umwelt nach Tschernobyl

Von André Daguet

Nicht nur Perestroika und Glasnost haben die Delegation der SPS während des Besuches in der Sowjetunion beschäftigt. Die Folgen der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl – zu dieser Zeit bereits mehr als zwei Jahre zurück – gehörten ebenfalls zu den Hauptthemen in den Diskussionen mit Parteienvertretern, Ministerien, Gewerkschaften und Wissenschaftlern. Anlass für die Delegation, mit dem Zug für zwei Tage nach Kiew zu reisen.

Kiew, Hauptstadt der ukrainischen sozialistischen Republik. Mit ihren über 50 Millionen Einwohnern ist die Ukraine eine der bevölkerungsstärksten Republiken der UdSSR. In Kiew, einer Millionenstadt rund 100 Kilometer von Tschernobyl entfernt, hat die Atomreaktorkatastrophe vom April 1986 Spuren hinterlassen. Die Folgen des Atomunfalls sind nicht verarbeitet. Eine 10-km-Zone um Tschernobyl herum ist völlig abgeriegelt.

Ein zweites Gebiet im Umkreis von rund 30 Kilometer ist ebenfalls zur Sperrzone erklärt worden. Die Bevölkerung wurde evakuiert, doch sind in dieses Gebiet bereits 1000 Menschen zurückgekehrt. Diese Leute, meist ältere Menschen, ziehen es vor, trotz Strahlenrisiko in ihren angestammten Dörfern weiterzuleben, als den Rest ihres Lebens in einer fremden Umgebung zu verbringen. In der dritten Zone mit einem Radius von rund 100 Kilo-